



## Neueinstellungen bleiben auf der Tagesordnung

**Das Ende kam auch für Insider überraschend. Keine 24 Stunden haben zwischen dem Hinweis der Landtagsverwaltung, dass bereits das Scheitern eines Einzelhaushaltes reicht, um den Gesamthaushalt scheitern zu lassen, und der Auflösung des Landtags am 14. März gelegen. Es bleibt abzuwarten, wer die künftige Landesregierung stellt. Aber die politischen Forderungen der GdP bleiben auch nach der Wahl auf der Tagesordnung – unabhängig vom politischen Farbenspiel. Allem voran die Forderung, die Zahl der Neueinstellungen stärker am tatsächlichen Bedarf zu orientieren.**

20 Monate hat sich die nordrhein-westfälische Minderheitsregierung von Hannelore Kraft (SPD) im Amt gehalten, länger als anfangs von den meisten Beobachtern für möglich gehalten. Die Bilanz dieser 20 Monate kann sich durchaus sehen lassen, denn Rot-Grün ist mit dem Schulkompromiss nicht nur ein historischer Durchbruch in der Bildungspolitik gelungen, sondern mit dem Stärkungspaket auch ein Schritt aus der Schuldenfalle für die am stärksten notleidenden Städte. Auch bei der inneren Sicherheit kann sich die Bilanz sehen lassen: Die Zahl der Neueinstellungen ist von 1100 auf 1400 gestiegen. Die Umsetzung der zweigeteilten Laufbahn wurde fortgesetzt und wäre Ende 2012, wenn der Haushalt eine Mehrheit gefunden hätte, zu ihrem Abschluss gekommen. Die unsägliche Privatisierung der schwarz-gelben Vorgängerregierung wurde gestoppt – auch wenn nicht alle Privatisierungen polizeieigener Leistungen wieder rückgängig gemacht worden sind. Vor allem aber hat Rot-Grün mit dem neuen LPVG die von der schwarz-gelben Vorgängerregierung bis zur Unkenntlichkeit geschleihte Mitbestimmung durch ein neues Mitbestimmungsrecht ersetzt, das den Beschäftigten im öffentlichen Dienst die Möglichkeit gibt, mit ihrem Arbeitgeber wieder auf Augenhöhe zu verhandeln.

Weitere Verbesserungen waren in Vorbereitung: Das gilt vor allem für die von SPD und Bündnis 90/Die Grünen an-

gekündigte Wiederherstellung der Ruhegehaltsfähigkeit der Polizei- und Feuerwehrzulage und für die geplante partielle Stellenausweitung im höheren Dienst. Dass die Bilanz von Rot-Grün aus Sicht

massive Abwanderung von Fachkräften. Die Anforderungen, die die GdP in den kommenden Wochen und Monaten an die neue Landesregierung stellen wird, werden deshalb die gleichen sein, die die

GdP bereits gegenüber der noch amtierenden rot-grünen Minderheitsregierung formuliert hat:

Dazu gehört in erster Linie die Anpassung der Neueinstellungen an die gestiegene Kriminalitäts- und Unfallentwicklung und an den demografischen Bedarf. „Dass die Zahl der Neueinstellungen unter Rot-Grün von 1100 auf 1400 gestiegen ist, ist ein erster Schritt. Aber es reicht nicht, um den tatsächlichen Einstellungsbedarf zu decken“, hatte nur wenige Tage nach der Auflösung des Landtags GdP-Landesvorsitzender Frank Richter gegenüber der

WAZ erklärt. Die GdP fordert deshalb eine Aufstockung der Neueinstellungen auf 1700. Damit könnten im Wach- und Wechseldienst und in den Ermittlungsdiensten zumindest die Lücken gefüllt werden, die durch die familienbedingten Ausfallzeiten entstehen (siehe DP 3/2012). Und es würden Ressourcen frei, um in den kommenden Jahren schrittweise drei weitere Hundertschaften in NRW aufzustellen und so den dort herrschenden unzumutbaren Belastungen entgegenzuwirken. Weitere Kernforderung der GdP ist die Stärkung der sozialen Sicherheit für alle Beschäftigten bei der Polizei – egal, ob im Beamten- oder im Tarifbereich.



**Bei der Polizei gibt es keine Reserven mehr. Darauf hat die GdP immer wieder hingewiesen, wie hier in der Tarifrunde 2010.**

der Beschäftigten der Polizei dennoch gemischt ausfällt, liegt vor allem daran, dass die jetzt nur noch geschäftsführende Landesregierung weitere dringend notwendige Verbesserungen nicht angepackt hatte. Das gilt zum Beispiel für die Wiederherstellung des Weihnachtsgelds. Das gilt aber auch in Bezug auf die Übernahmegarantie für die Auszubildenden im Tarifbereich und für die fehlenden Aufstiegsperspektiven von Beschäftigten außerhalb der Beamtenlaufbahn. Weil in den kommenden Jahren der Wettbewerb um die knapper werdende Zahl qualifizierter Schul- und Hochschulabgänger härter wird, besteht hier dringender Handlungsbedarf, denn sonst droht der Polizei eine



# 1700 Neueinstellungen pro Jahr!

Vielleicht war es nur ein Zufall, dass die rot-grüne Minderheitsregierung ausgerechnet über die Abstimmung des Haushaltsplans für das Innenministerium gestolpert ist. Aber es war in jedem Fall ein Akt mit hoher Symbolkraft. Denn in den Reden, den letzten, die in dieser Legislaturperiode gehalten worden sind, haben sich die Parteien geradezu überboten in der Forderung nach einer besseren Ausstattung der Polizei. Dieses Bekenntnis zu einer Stärkung der Polizei sollten wir ernst nehmen. Vor allem aber sollten wir ihm die Realität gegenüberstellen: Die nüchterne Feststellung, dass in diesem Land Tausende von Polizisten fehlen, wenn wir der steigenden Kriminalitäts- und Unfallentwicklung und der auf uns zurollenden Pensionierungswelle bei der Polizei wirklich etwas entgegenzusetzen wollen.

Die Forderung der GdP, die Zahl der Neueinstellungen bei der Polizei ab 2013 von 1400 auf 1700 zu erhöhen, ist deshalb kein Lobbyistengeklingel, sondern sie ist schlicht und ergreifend alternativlos. Sie ist alternativlos, wenn die öffentlichen Erklärungen der Parteien nicht zu einer hohlen Wahlkampfparole verkommen sollen. Wenn das Bekenntnis der Parteien, die Sicherheitsinteressen der Bürgerinnen und Bürger ernst zu nehmen, mehr ist als bloße Schaumschlägerei.

Dass mehr Polizisten mehr Geld kosten, ist auch der GdP bekannt. Und das gilt auch für die Haushaltslage des Landes. Trotzdem ist die Forderung nach 1700 Neueinstellungen eine Forderung mit Augenmaß. Denn wir fordern keine unbegrenzte Stellenausweitung, sondern wir fordern nur, dass zumindest die Kolleginnen und Kollegen, die in den nächsten Jahren aus Altersgründen aus der Polizei ausscheiden, ersetzt werden. Denn sonst wird die Forderung der Bürger, dass der Staat für ihre Sicherheit sorgt, zur Makulatur. Deshalb ist die Forderung der GdP nach 1700 Neueinstellungen bitter notwendig. Egal, wie das Farbenspiel nach der Landtagswahl aussieht: Wir werden die Politiker an ihre letzten Reden in der abgeschlossenen Legislaturperiode erinnern.



Frank Richter

## Professionalität der Bereitschaftspolizei gesichert

**Per Erlass hat das Innenministerium im vergangenen Jahr die Verweildauer in der Bereitschaftspolizei auf maximal drei Jahre begrenzt. Ausnahmen soll es nur noch für wenige Funktionen geben (DP 8/2011). Die GdP ist gegen diese Entscheidung Sturm gelaufen, weil durch die kürzere Verweildauer in den Einsatzhundertschaften deren Qualität nachhaltig bedroht ist. Diese Kritik hat jetzt zu einer erneuten Korrektur des Erlasses für die Bereitschaftspolizei gesorgt.**

Die wichtigsten Regelungen des neuen Erlasses auf einen Blick:

1. Die Unterstützung der Kreispolizeibehörden bei Schwerpunkteinsätzen erfolgt auch weiter nur nach Vorlage einer schriftlichen Konzeption, wobei Vertreter der Einheiten angemessen zu berücksichtigen sind.

2. Ausnahmen von der Höchstverwendungsdauer von drei Jahren sind möglich, wenn der tatsächlich zur Verfügung stehende Nachersatz nicht zur Deckung des Bedarfs ausreicht und wenn von den betroffenen Kolleginnen und Kollegen zusätzliche Qualifikationen für die Tätigkeit in den Einsatzhundertschaften erworben wurden.

Unter diese Regelung fallen ab sofort sämtliche Führungskräfte der Hundertschaften (einschl. der Funktionsdienste) sowie die Funktionen Zugtrupp (gemeint sind hier die stellv. Gruppenführer), BeSi-Koordinator, Besi-Trupp, Einsatztrainer, Rettungshelfer, Angehörige Feuerlöschtrupp, Fahrer GrukW sowie die

störerorientierten Aufklärer.

3. Die allgemeinen Altersregelungen (45 + / und 50 +) bleiben erhalten.

4. Die Stärke der Einsatzhundertschaften ist zum 1. September jeden Jahres auf 123 volle Stellen (nicht Köpfe bei Teilzeitbeschäftigten) aufzufüllen.

5. Auch die Bereitschaftspolizei muss wie jede andere Dienststelle der Polizei ein Fehl tragen. Aus diesem Grund besteht für die Behörden erst die Verpflichtung, die Hundertschaften nachzubeseetzen, wenn die Zahl der tatsächlich uneingeschränkt zur Verfügung stehenden Beamtinnen und Beamten in einer Einsatzhundertschaft 118 unterschreitet.

6. Entsprechend der Empfehlung der Bund-Länder-Projektgruppe werden einheitliche Rücken- und Helmkennzeichnungen eingeführt. Des Weiteren werden Kfz-Kennzeichnungen eingeführt (durch eigenen Erlass).

7. Für die Kräfte des Alarmzuges gelten die Altersgrenzen 45 Jahre (Gruppenbeamte) bzw. 50 Jahre (Führungs-

kräfte). Die Mindestzugehörigkeit beträgt in der Regel drei Jahre. Freiwillig kann diese Zeit jederzeit verlängert werden.

8. Die Gruppenführer wurden in der Anlage 1 in die Spalte Laufbahnabschnitt II mit Führungsqualifikation eingefügt.

Der stellvertretende GdP-Landesvorsitzende Adi Plickert ist mit der jetzt gefundenen Regelung zufrieden: „Mit dem neuen Erlass wurde erreicht, dass für 76 Funktionen eine Verlängerung der Verweildauer in der Bereitschaftspolizei möglich ist.“

Positiv wertet die GdP auch, dass ein gestrichenes Erlassfrei in Zukunft vom LZPD in den ersten vier Wochen nach Streichung vorzuplanen ist. Richtig sei zudem, dass auch die Hundertschaften im Rahmen der überall knappen Personalressource ein Fehl tragen müssen. „Das war eine wesentliche Forderung der GdP, damit nicht alle Engpässe auf den Wachdienst abgeladen werden“, betont Plickert.



POLITIK IN NRW

# Erneute Nachbesserung

Nachdem die Ausstattung des Wach- und Wechseldienstes und anderer operativer Einheiten mit dem EMS-A nach wiederholten Verzögerungen endlich angelaufen ist (DP 2/2012), müssen alle 8000 bereits ausgelieferten Exemplare erneut zurück zum Hersteller. Grund dafür ist die notwendige Verstärkung des Griffstücks, nachdem es teilweise im Einsatz zu Brüchen gekommen war.

Die GdP hatte unmittelbar nach Bekanntwerden der erneuten Probleme mit dem EMS-A den kompletten Austausch der bruchanfälligen Griffstücke gefordert. Dieser Forderung ist das Innenministerium inzwischen nachgekommen. Weil die Stöcke zum Austausch in die USA versandt werden müssen, wird sich der gesamte Prozess allerdings bis Ende August hinziehen.

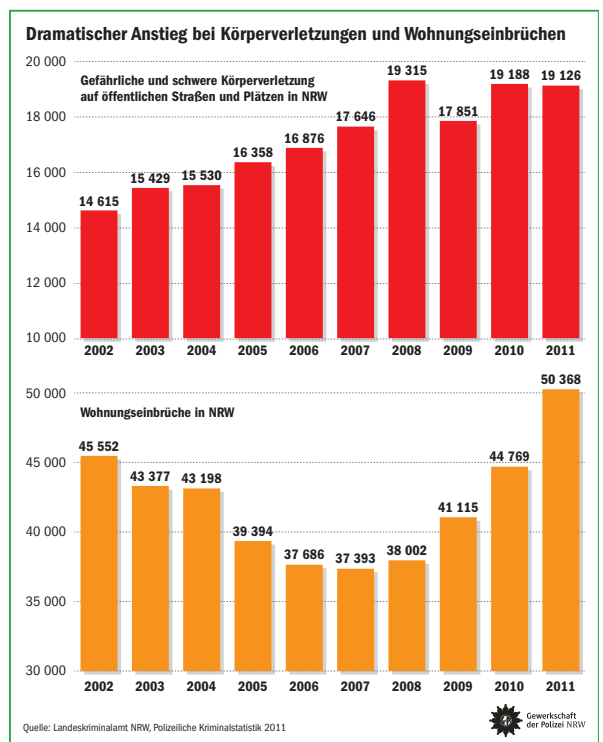
GdP-Landesbezirksvorsitzender Frank Richter dringt darauf, das damit das Problem endgültig vom Tisch ist. „Die GdP hat schon vor Jahren die Ausstattung des Wach- und Wechseldienstes mit einem Einsatzstock gefordert. Jetzt wird es Zeit, dass unsere Kolleginnen und Kollegen endlich ein Produkt erhalten, dass den in der Ausschreibung geforderten Qualitätskriterien entspricht.“

*Für das Sicherheitsempfinden der Menschen ist die Gefahr, Opfer eines Wohnungseinbruchs oder gar einer schweren Körperverletzung zu werden, besonders wichtig. Bei beiden Delikten gab es in den vergangenen zehn Jahren in NRW dramatische Zuwachsraten.*

*2002 fielen auf 100 000 Einwohner 171 Menschen, die Opfer einer schweren Körperverletzung geworden sind. 2011 waren es 228 Opfer, obwohl die Zahl der Heranwachsenden, die altersbedingt häufiger Körperverletzungsdelikte begehen, im gleichen Zeitraum gesunken ist. Auch bei den Wohnungseinbrüchen sieht die Lage nicht besser aus: Deren Zahl ist nach einem vorübergehenden Rückgang seit 2007 kontinuierlich gestiegen,*

*auf mehr als 50 000 Wohnungseinbrüche im vergangenen Jahr. Gleichzeitig sank die Aufklärungsquote von 15,7 auf 13,6 Prozent.*

*Für die GdP ist diese Entwicklung nicht hinnehmbar. Zur Bekämpfung der Wohnungseinbrüche fordert die GdP den verstärkten Einsatz moderner Ermittlungsmethoden wie die Auswertung von DNA-Spuren am Tatort, bei Körperverletzungsdelikten setzt die GdP auf eine schnellere und konsequentere Verurteilung der Täter, um so Folgedelikte zu verhindern. Beides geht nicht ohne einen höheren Personaleinsatz.*



## Top-Event im Mai: Familiengesundheitstag der GdP

Die Dienstvereinbarung für das Gesundheitsmanagement bei der Polizei, die Innenminister Ralf Jäger (SPD) und der Hauptpersonalratsvorsitzende der Polizei, Adi Plickert, im Oktober 2010 unterzeichnet haben, trägt die Handschrift der GdP. Sie hat die Blaupause für das Konzept geliefert. Mit dem Start des Gesundheitsmanagements hat die GdP die Voraussetzungen dafür geschaffen, dass die spezifischen Belastungen des Polizeiberufs in Zukunft zumindest zum Teil ausgeglichen werden: durch andere Formen der Arbeitsorganisation, durch Verbesserungen beim Arbeitsschutz und beim betrieblichen Gesundheitsmanagement, durch Angebote zur Ernährungsberatung und durch mehr Sport. Erfolge muss man auch feiern. Deshalb lädt der Landesbezirk NRW gemeinsam mit der Kreisgruppe Olpe am 12. Mai zu einem Familiengesundheitstag in den Panorama-Park Sauerland ein. Geboten werden zahlreiche Highlights: ein Familientreff mit eigener Showbühne für alle GdP-Mitglieder und ihre Freunde, ein großes Breitensportangebot – von geführten Wanderungen bis zu Mountainbike-Touren mit Guide, von Laufwettbewerben bis zum Sommerbiathlon für Kinder –, ein Gesundheitstalk mit Frank Richter und Adi Plickert und natürlich die Nutzung sämtlicher Freizeitangebote des Panorama-Parks.

Der Familiengesundheitstag ist ein Exklusiv-Angebot für GdP-Mitglieder und ihre Familienangehörigen. Die Teilnahme kostet 9,50 Euro pro Person. Wegen der vielen Exklusiv-Angebote ist eine Anmeldung bis zum 5. Mai erforderlich.

**Infos und Anmeldung:** [www.familiengesundheitstag.info](http://www.familiengesundheitstag.info)

**TOP-EVENT**

**Familiengesundheitstag**

Samstag, 12. Mai 2012  
10.00 – 17.00 Uhr

Panorama-Park Sauerland  
Kirchhundem

**Die Highlights**

- Nutzung aller Angebote des Panorama-Parks
- Familientreff mit eigener Showbühne

**Großes Breitensportangebot:** geführte Wanderungen, Nordic-Walking-Touren, Laufwettbewerbe, Mountainbike-Touren mit Guide, Sommerbiathlon

**Gesundheitstalk** Landesturnriege der Polizei

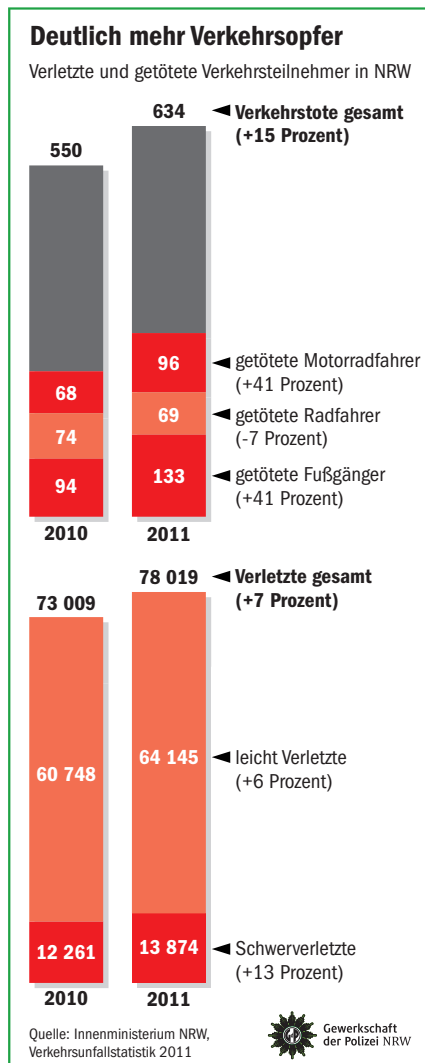
**Exklusiv für GdP-Mitglieder und ihre Familienangehörigen**  
9,50 Euro/Person (Panorama-Park, Parkplatz, Mittagessen und Exklusivangebote der GdP)  
Anmeldung bis 05.05.2012:  
[www.familiengesundheitstag.info](http://www.familiengesundheitstag.info)





# Ein Stadion voll mit Verletzten

Die Verkehrsunfallstatistik 2011, die Innenminister Ralf Jäger (SPD) Ende Februar mit zweiwöchiger Verspätung vorgestellt hat, hat es in sich, denn erstmals seit vielen Jahren sind die Unfallzahlen wieder nach oben gegangen: 78 019 Verkehrsoffer wurden im vergangenen Jahr in NRW gezählt – genauso viele, wie in die voll besetzte Dortmunder Signal Iduna Arena passen, Deutschlands größtem Fußballstadion. Die GdP will verhindern, dass sich die gestiegenen Unfallzahlen zu einem Trend verdichten, und fordert deshalb einen nachhaltigen Ausbau der Verkehrskontrollen.



Trotz des leichten Rückgangs der Zahl der Verkehrsunfälle auf 580 000 (- 0,8 Prozent) ist die Zahl der Menschen, die 2011 in NRW bei Verkehrsunfällen verletzt oder sogar getötet worden sind, stark gestiegen. Die Zahl der Verletzten stieg um 7 Prozent auf 78 019, die Zahl der Verkehrstoten um 15 Prozent auf 634. Fast die Hälfte aller im Straßenverkehr getöteten Menschen waren Verkehrsteilnehmer, die keine eigene Knautschzone haben: Fußgänger, Fahrradfahrer und Motorradfahrer.

Überhöhte Geschwindigkeit gilt nach wie vor als Unfallkiller Nummer eins, dicht gefolgt von Fahren unter Alkohol- und Drogeneinfluss und vom nicht angelegten Sicherheitsgurt. Alleine wegen überhöhter Geschwindigkeit starben im vergangenen Jahr auf NRWs Straßen 235 Menschen – mehr als doppelt so viele wie

im gleichen Zeitraum durch Mord und Totschlag ums Leben gekommen sind.

Damit der Kampf gegen überhöhte Geschwindigkeit erfolgreich ist, setzt die GdP auf ein langfristig angelegtes Verkehrssicherheitskonzept. „Leuchtturm-

→ Seite 5

## Gleiche Chancen für Polizeivollzugsbeamte

Bis 2020 gehen in Nordrhein-Westfalen 80 Prozent aller Führungskräfte des höheren Dienstes in den Ruhestand. Die bereits jetzt deutlich sichtbaren Probleme, Führungsfunktionen bei der Polizei mit polizeieigenen Fachleuten zu besetzen, werden deshalb in den kommenden Jahren noch zunehmen. In ihrem Positionspapier zur „Zukunft des Höheren Dienstes“ fordert die GdP deshalb, dass es auch für besonders qualifizierte Kolleginnen und Kollegen des Polizeivollzugsdienstes die Möglichkeit eines prüfungserleichterten Aufstiegs in den höheren Dienst gibt, so, wie das im Verwaltungsbereich längst üblich ist. Denn es ist nicht nachvollziehbar, dass Polizeivollzugsbeamte beim Bewährungsaufstieg in den höheren Dienst den Verwaltungsbeamten gegenüber benachteiligt werden.

Bestätigt sieht sich die GdP in dieser Forderung durch eine Mitte Februar ergangene Ankündigung des Innenministeriums, dass im Laufe des Jahres Beamtinnen und Beamten des gehobenen nicht-technischen Verwaltungsdienstes sowie vergleichbare Tarifbeschäftigte die Möglichkeit für einen Aufstieg in den höheren allgemeinen Verwaltungsdienst erhalten sollen (nach Erkenntnissen der GdP 14 Stellen). Als Voraussetzung gel-

oder eine entsprechende Leistungsbeurteilung als Tarifbeschäftigter in der Entgeltgruppe 12,

- die erfolgreiche Teilnahme an einem Auswahlverfahren in Form eines eintägigen Assessment-Centers,
- die Bewährung in einer mindestens zehnmonatigen Erprobung in Aufgaben des höheren Dienstes.

Die GdP begrüßt die geplanten Aufstiegsmöglichkeiten. „Wir unterstützen ausdrücklich die neue Karrieremöglichkeit für unsere Kolleginnen und Kollegen aus dem Verwaltungsbereich, weil hierdurch deren hohes Maß an Erfahrungswissen, Fachkompetenz und Professionalität anerkannt wird“, betont der stellvertretende GdP-Landesvorsitzende Adi Plickert. „Nicht nachvollziehbar ist aber, warum es beim Bewährungsaufstieg eine Zweiklassengesellschaft geben soll“. Deshalb fordert die GdP, dass auch für Polizeivollzugsbeamte die Möglichkeit eines prüfungserleichterten Aufstiegs in den höheren Dienst eingeführt wird. Dadurch könnten die bereits heute vorhandenen Probleme bei der häufigen Fehl- bzw. Nichtbesetzung von Stellen des höheren Dienstes abgebaut werden. Auch die spezifischen Probleme bei der Stellenbesetzung in einzelnen Regionen bzw. Bereichen, wie zum Beispiel in Ostwestfalen und an der Fachhochschule, ließen sich so lösen.

- eine Bestbeurteilung in einem Amt der Besoldungsgruppe A 12 oder A 13



Fortsetzung von Seite 4

projekte wie der 24-Stunden-Blitzmarathon des Landes NRW können das Bewusstsein der Bevölkerung schärfen, dass Raser und Trinker im Straßenverkehr nichts zu suchen haben, aber sie sind nur ein Baustein für eine nachhaltige Stärkung der Verkehrssicherheit“, erklärte GdP-Landesvorsitzender Frank Richter unmittelbar nach Veröffentlichung der Verkehrsunfallstatistik 2011.

In dem bereits im vergangenen Jahr beschlossenen Verkehrspolitischen Programm hatte die GdP zudem die Einführung neuer Höchstgeschwindigkeitsgrenzen und die Absenkung der bestehenden Promillegrenze gefordert. Auf Autobahnen soll die Geschwindigkeit auf 130 km/h begrenzt werden. In den innerstädtischen Straßen soll sie mit Ausnahme der Durchgangsstraßen generell auf 30 km/h abgesenkt werden. Straßen, auf denen schneller gefahren werden kann, müssten dann ausgeschildert werden, anstelle der bisherigen Kennzeichnung von Wohngebieten. Zudem fordert die GdP eine Absenkung der Promillegrenze von 0,5 auf 0,3 Promille ein. Dadurch soll verhindert werden, dass Autofahrer sich an den gerade noch zulässigen Alkoholwert rantrinken, frei nach dem Motto: ein Bier geht noch.

Um das notwendige Personal für mehr Verkehrskontrollen freizubekommen, fordert die GdP außerdem eine bessere technische Ausstattung der Verkehrsdirektionen. „Wenn Verkehrsunfallaufnahmen digital erstellt würden, statt die Daten erst per Hand zu erfassen und anschließend in eine maßstabsgetreue Unfallskizze zu übertragen, bekämen wir Ressourcen frei, die wir für eine Erhöhung der Kontrolldichte im Straßenverkehr gut brauchen könnten“, betont Richter.

Handlungsbedarf sieht die GdP auch bei den Alkoholkontrollen. „Durch die Weigerung des Gesetzgebers, die Atemalkoholanalyse als Beweismittel im Strafverfahren zuzulassen, wird die Arbeit der Polizei massiv erschwert. Ihre Ressourcen werden durch umständliche Verfahren unnötig gebunden“, kritisiert Richter.

## GdP aktiv

**4. 4.,** Skatturnier der Kreisgruppe Bonn, 15:00 Uhr, großer Sitzungssaal, PP Bonn

## Wir sind die GdP



GdP-Mitglied war Wolfgang Klinnert schon immer. Dass er sich für die Interessen seiner Kolleginnen und Kollegen einsetzt, ist für den 53-jährigen Mönchengladbacher Polizeibeamten selbstverständlich. Nicht von ungefähr ist Wolfgang Klinnert

bereits seit Jahren Mitglied des örtlichen Personalrats der Polizei, seit vier Jahren ist er sogar dessen Vorsitzender. Doch in den Personalrat gewählt wurde der aktive Gewerkschafter nicht über die Wahlliste der GdP, sondern über eine freie Liste. Das soll sich bei der Personalratswahl 2012 ändern, denn am 8. März wurde Wolfgang Klinnert zum Vorsitzenden der Kreisgruppe Mönchengladbach gewählt.

Sein Ziel ist es, die gut 400 Mitglieder starke Kreisgruppe in den kommenden vier Jahren neu aufzustellen und auf den Generationswechsel zu den heute unter 50-Jährigen vorzubereiten. Dass ihm der alte Vorstand dabei die Stange hält, hat ihn gefreut. Auch, dass der bisherige stellvertretende Kreisgruppenvorsitzende Jürgen Metzgen weiter mit dabei ist. Warum er in diesem Jahr bei den Personalratswahlen wieder für die GdP antritt, begründet Wolfgang Klinnert mit seinen persönlichen Erfahrungen der vergangenen Jahre: „Ich habe gemerkt, dass es ohne die GdP nicht geht, wenn man etwas Positives für die Kolleginnen und Kollegen bewegen will.“

**11. 4.,** Mitgliederversammlung der Kreisgruppe Coesfeld, 17:00 Uhr, Barbara-Haus, Kapellenweg 75, Dülmen

**12. 4.,** Mitgliederversammlung der Kreisgruppe Bergisches Land, 14:00 Uhr, PP Wuppertal, Saal 300, Friedrich-Engels-Allee 228, 42285 Wuppertal

**16. 4.,** Skatturnier der Kreisgruppe Essen/Mülheim, Gaststätte „Kaldenhoff“, Aktienstr. 140, Essen, Anmeldung: 02 01/8 29-24 80, h.mueller@gdp-essen.de

**19. 4.,** Skatturnier der Kreisgruppe Hamm, 17:00 Uhr, Anmeldungen an Roland Knapkorte, Tel.: 0 23 81-8 76 40 34

**25. 4.,** Mitgliederversammlung der Kreisgruppe Solingen, 15:00 Uhr, Steakhouse

im Wasserturm, Schlagbaumer Str. 125, Solingen

**26. 4.,** Mitgliederversammlung der Kreisgruppe Hamm, 16:00 Uhr, Bürgerkeller AWO, Ostenwall 40, Hamm, Referent: Adi Plickert

**26. 4.,** Mitgliederversammlung der Kreisgruppe Gelsenkirchen, 13:30 Uhr, Hof Holz, Braukämperstr. 80, Gelsenkirchen

**Personalratswahlen**  
**Ein Team. Ein Kurs.**  
 11. – 14. Juni 2012



# Die GdP gratuliert

## 90. Geburtstag

- 3. 4. Walter Nitschke, Rheinbach
- 4. 4. Gertrud Niessen, Köln
- 9. 4. Leo Lorenz, Wegberg
- 12. 4. Wilhelm Bongartz, Rees  
Franziska Struth, Essen
- 17. 4. Gustav Mouritz, Krefeld
- 18. 4. Anni Potthoff, Herne
- 20. 4. Anna-Maria Ames,  
Mönchengladbach
- 25. 4. Franz Klabunde, Hattingen
- 28. 4. Heinrich Hunnenberg, Krefeld
- 30. 4. Heinz Engbrox, Viersen

## 91. Geburtstag

- 8. 4. Karl Leike, Lemgo
- 10. 4. Erna Hubrich, Wilnsdorf  
Johanna Kurtz-Podschun, Köln
- 12. 4. Margarete Pieperreit, Köln
- 19. 4. Margarete Aman, Wuppertal
- 20. 4. Frieda Philipp-Bönisch, Bochum
- 21. 4. Fritz Neunzig, Lohmar

## 92. Geburtstag

- 9. 4. Edeltraut Walter, Forchheim
- 10. 4. Franz Klein, Köln
- 11. 4. Irma Breunig, Aachen  
Hedwig Ufermann, Oberhausen
- 16. 4. Heinz Witt, Burg auf Fehmarn
- 17. 4. Frieda Salchow, Bielefeld
- 22. 4. Hildegard Garloff, Harsewinkel  
Ilse Packebusch, Haltern
- 23. 4. Anneliese Schneider, Waldbröl
- 27. 4. Babette Sobiech, Herten  
Katharina Wiemers, Kiel
- 28. 4. Stefan Kremer, B. Gladbach
- 30. 4. Katharina Krebs, Siegen

## 93. Geburtstag

- 10. 4. Wilhelm Kramer,  
Schloß Holte-Stukenbrock
- 18. 4. Hans Zimmermanns, Monschau
- 24. 4. Maria Wolter, Mechernich

## 94. Geburtstag

- 17. 4. Gertrud Schippers,  
Mönchengladbach
- 28. 4. Andreas Suckau, Köln

## 95. Geburtstag

- 16. 4. Anna Hüsgen, Bornheim

## 96. Geburtstag

- 18. 4. Herta Hemmer, Gelsenkirchen

## 97. Geburtstag

- 1. 4. Bernard Sievers, Bad Lippspringe

## 99. Geburtstag

- 2. 4. Ilse Luckhardt, Sögel

## 100. Geburtstag

- 28. 4. Mathilde Schulte, Bochum

**Der Geschäftsführende Landesbezirksvorstand der GdP NRW wünscht allen Jubilaren alles Gute und recht viel Gesundheit.**



DEUTSCHE POLIZEI  
Ausgabe:  
Landesbezirk Nordrhein-Westfalen

### Geschäftsstelle:

Gudastraße 5-7, 40625 Düsseldorf  
Postfach 12 05 07, 40605 Düsseldorf  
Telefon (02 11) 2 91 01-0  
Internet: [www.gdp-nrw.de](http://www.gdp-nrw.de)  
E-Mail: [info@gdp-nrw.de](mailto:info@gdp-nrw.de)

### Redaktion:

Stephan Hegger (Vi. S.d.P.)  
Uschi Barrenberg (Mitarbeiterin)  
Gudastraße 5-7, 40625 Düsseldorf  
Telefon: (02 11) 2 91 01 32  
Telefax: (02 11) 2 91 01 46  
E-Mail: [stephan.hegger@gdp-online.de](mailto:stephan.hegger@gdp-online.de)

### Verlag und Anzeigenverwaltung:

VERLAG DEUTSCHE  
POLIZEILITERATUR GMBH  
Forststraße 3 a, 40721 Hilden  
Telefon (02 11) 71 04-1 83  
Telefax (02 11) 71 04-1 74  
Verantwortlich für den Anzeigenteil:  
Antje Kleuker  
Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 33  
vom 1. Januar 2011

### Herstellung:

L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG  
DruckMedien  
Marktweg 42-50, 47608 Geldern  
Telefon (0 28 31) 3 96-0  
Telefax (0 28 31) 8 98 87

ISSN 0170-6462

**Redaktionsschluss für die Mai-Ausgabe  
ist der 5. April 2012.**

### GdP-Service GmbH NRW:

Gudastraße 9, 40625 Düsseldorf  
Telefon: (02 11) 2 91 01 44/45  
Telefax: (02 11) 2 91 01 15  
Internet: [www.gdp-service-nw.de](http://www.gdp-service-nw.de)  
E-Mail: [penguin@gdp-service-nw.de](mailto:penguin@gdp-service-nw.de)

## Cybercrime wirksam bekämpfen

Das Internet ist der Tatort der Zukunft. 2011 war das Internet alleine in NRW in 50 000 Fällen das wichtigste Tatmittel. Tendenz steigend. Das Internet spielt inzwischen nicht nur beim Austausch kinderpornografischer Fotos eine zentrale Rolle, sondern auch bei Wirtschaftsstraftaten. Im vergangenen Jahr registrierte das Landeskriminalamt NRW fast 38 000 Betrugsfälle über das Internet. Hinzu kommt, dass extremistische Gruppen ihre Informationen zunehmend über computergestützte Kommunikationswege austauschen.

„Cybercrime wirksam bekämpfen“ lautet deshalb der Titel des diesjährigen Kriminalforums der GdP. Zu den Referenten der eintägigen Fachtagung am 3. Mai in Düsseldorf gehören Helmut Picko, Dezernatsleiter des Kompetenzzentrum Cybercrime im LKA, Markus Hartmann, Internetexperte der Staatsanwaltschaft Köln, und Tobias Fiebig, Mitglied des Chaos Computer Club Düsseldorf. Das Forum soll Antworten auf die Frage geben, wie sich Computerkriminalität wirksam verhindern lässt, welche Instrumente und Ressourcen die Polizei dazu braucht und wie das Verhältnis von Schutz der Opfer vor Straftaten und

Schutz der Persönlichkeitsrechte der Internetnutzer so ausgestaltet werden kann, dass weder ein rechtsfreier Raum Internet entsteht, noch ein Überwachungsstaat, der zügellos in die Freiheitsrechte der Bürger eingreift.

Mehr Infos: [www.gdp-nrw.de](http://www.gdp-nrw.de)

**KRIMINALFORUM** **Gewerkschaft der Polizei NRW**

**Cybercrime wirksam bekämpfen**

3. Mai 2012  
10.00 – 15.45 Uhr  
Ibschhof im Stadtmuseum Düsseldorf  
Berger Allee 2  
40213 Düsseldorf

**Referenten:**

- Helmut Picko  
Dezernatsleiter Kompetenzzentrum Cybercrime/LKA
- Markus Hartmann  
Internetexperte  
Staatsanwaltschaft Köln
- Tobias Fiebig  
Mitglied des Chaos Computer Club,  
Düsseldorf
- Frank Richter  
Vizepräsident der Gewerkschaft der Polizei NRW
- Wolfgang Spiess  
Vorstandsmitglied für den Bereich  
Kriminalpolizei der Gewerkschaft  
der Polizei NRW

Infos und Anmeldung: GdP Landesbüro NRW, Martin Volkmann, Tel. 021179 101 42





## Aktuelle Angebote

Ihres **GdP-Reisebüros**  
in Kurzfassung - April 2012



### **Auf Elbe und Moldau 8 Tage Prag - Potsdam mit MS Katharina von Bora 06. - 13.10.2012**



- Kreuzfahrt in einer Außenkabine der gebuchten Kategorie
- Vollpension
- Kaffee / Tee nach Mittag- und Abendessen
- Begrüßungs- und Abschiedscocktail
- Kapitäns-Dinner
- Deutschsprachige örtliche Reiseleitung
- Unterhaltungsprogramm an Bord / Bordmusiker

**Reisepreis pro Person in einer 2-Bett Kabine  
ab € 1053,-**

**(Ausflugspaket mit 4 Ausflügen für € 104,- buchbar)**

**Bitte fordern Sie unsere ausführlichen Reiseausschreibungen an!**

## Kölner holen den Pokal



Bei bestimmten Großeinsätzen sehen sie sich regelmäßig, die Mitglieder der 18 Einsatzhundertschaften in NRW. Doch bereits seit Jahren gehört auch das Hallenfußballturnier der GdP zu den festen Terminen im Jahresrhythmus. 19 Mannschaften spielten diesmal Ende Februar um die begehrten ersten Plätze. Nach spannenden Vorrundenspielen konnten sich die Mannschaften aus Mönchengladbach, Köln, Essen, Münster, Düsseldorf und Aachen gegen die starke Konkur-

renz durchsetzen. Einen respektablen dritten Platz belegte am Ende das Team der Kreisgruppe Münster. Das Endspiel bestritten die Gruppen aus Essen und Köln, wobei die Kölner als Sieger aus dem Turnier hervorgingen.

Viele der knapp 200 Teilnehmer nehmen bereits seit Jahren am Hallenfußballturnier der GdP teil. „Trotz chronischem Misserfolg bin ich immer wieder gerne mit dabei“, sagt Michael Kottmann von der 5. BPH Düsseldorf.

Er war bereits zum 8. Mal mit von der Partie und schätzt neben dem Fußballspiel selbst vor allem den Austausch mit den Kollegen fernab vom beruflichen Einsatz. Jörg Sporowski aus der 6. BPH Duisburg nimmt ebenfalls jedes Jahr an dem Turnier teil. Sein Ziel für dieses Jahr war es, mit seiner Mannschaft den Fairnesspokal zu gewinnen, was ihm mit dem Team aus Duisburg auch gelang. Bester Torhüter wurde Thomas Weitz aus Aachen, die meisten Tore schoss Matthäus Gorzolnik aus Bochum.

## Glücksnummern des Monats

45 18646  
Carsten Winkel, Recklinghausen  
45 18244  
Lena Spreemann, Köln  
45 18728  
Werner Walbröhl, Düsseldorf  
45 18726  
Lisa Ferrara Saßen, Duisburg

**Die Gewinner erhalten einen GdP-Polizeitddy.**

## Senioren aktuell

### Kreisgruppe Köln

19. April, Informationstreffen, Dr. Manfred Wegner von der Seniorenvertretung der Stadt Köln zum Thema „Die Arbeit der Seniorenvertretung der Stadt Köln“, Treffpunkt: 14.00 Uhr, Pfarrsaal St. Georg, Waidmarkt/Ecke Georgstraße, 50676 Köln, Partner/Partnerinnen und jüngere Kollegen/Kolleginnen sind herzlich eingeladen

### Kreisgruppe Soest

23. April, Seniorentreffen, Treffpunkt: 15.00 Uhr, Stadtparkcafé, Am Stadtpark 1, 59494 Soest.

**Mehr Termine:**  
[www.gdp-nrw.de](http://www.gdp-nrw.de)

### Die Aktion „Du wirbst!“ geht in den Schlusspurt der zweiten Runde:

Alle GdP-Mitglieder, die bis Ende April ein neues Mitglied aus dem Bestand werben, nehmen noch an der Verlosung einer zweitägigen Reise zu den Olympischen Spielen in London teil.

Mehr Infos: [www.gdp-nrw.de](http://www.gdp-nrw.de)



## NACHRUF

Theodor Aß	10. 01. 1922	Hamm	Wolfgang Kulesa	18. 12. 1927	Steinfurt
Josef Blum	24. 01. 1938	Autobahnpolizei/ Verkehr Köln	Hans Löns	04. 07. 1939	Recklinghausen
Franz Brandes	26. 06. 1918	Bergisches Land	Siegfried Lüdtko	11. 10. 1924	Herford
Hubert Breuer	03. 10. 1922	Mönchengladbach	Paul Müller	05. 03. 1928	Bonn
Dieter Busch	26. 06. 1939	Dortmund	Waltraud Ongsiek	14. 06. 1925	Bochum
Hildegard Claßen	25. 04. 1920	Mönchengladbach	Winfried Overbeck	06. 05. 1954	Wesel
Bernd Dahmen	03. 05. 1956	LKA	Peter-Paul Plate	25. 03. 1953	Bergisches Land
Liselotte Franz	03. 10. 1921	Kleve	Gisela Pochwyt	14. 01. 1943	Oberhausen
Margareta Fritz	16. 05. 1924	Oberhausen	Hildegard Roth	17. 10. 1916	Recklinghausen
Heinz Gabriel	05. 02. 1925	Krefeld	Heinrich Schmitz	11. 06. 1921	Erfkreis
Johannes Gnauck	04. 03. 1923	Herford	Johannes Schulte	10. 12. 1920	Paderborn
Ursula Hälbig	17. 07. 1919	Kleve	Friedrich Schützeberg	30. 01. 1921	Duisburg
Helmut Heinrich	19. 11. 1944	Märkischer Kreis	Johannes Stefes	25. 01. 1924	Neuss
Hildegard Heumann	03. 01. 1918	Essen/Mülheim	Gisela Strierath	14. 02. 1925	Neuss
Heinz Kimpel	22. 12. 1924	Wesel	Karl Theiner	27. 03. 1920	Solingen
Wilhelm Koch	07. 12. 1919	Köln	Ferdi Wagener	23. 12. 1949	Oberbergischer Kreis
			Berthold Wilke	11. 03. 1929	Bochum

